

Positionspapier

Die Schule von morgen gestalten

Inhalt

Präambel: Den sozialen Zusammenhalt durch gute Bildung stärken	1
1 Mehr Chancengerechtigkeit für besseren Bildungserfolg für alle	2
Unsere Forderungen im Detail:	2
Die Grundschulzeit für längeres gemeinsames Lernen bis zur 6. Klasse verlängern ..	2
Eine flexible Schuleingangsphase nach dem Vorbild Brandenburgs schaffen	3
Ein zweigliedriges weiterführendes Schulsystem aus Gemeinschaftsschulen und Gymnasien einführen.....	3
Inklusive Bildung stärken und gemeinsames Lernen in den Schulen in den Vordergrund stellen.....	4
Kleine Schulen erhalten – insbesondere in ländlichen Räumen	4
Ganztagsangebote bedarfsgerecht ausbauen, auch für weiterführende Schulen.....	5
Ein Landesprogramm Schulsozialarbeit einführen	5
Sprachstandserhebung vor der Einschulung landesweit einführen und verpflichtende Sprachförderung sicherstellen	6
Lese- und Schreibförderung gezielt in den Unterricht und Ganzttag integrieren	6
Rückkehr zum Abitur nach 13 Schuljahren ermöglichen – für mehr Lernzeit und weniger Leistungsdruck.....	7
2 Den Lehrkräftemangel und Unterrichtsausfall bekämpfen.....	7
Unsere Forderungen im Detail:	8
Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte verbessern – Schule zum attraktiven Arbeitsort machen.....	8
Lehrkräfteausbildung praxisnah und bedarfsgerecht modernisieren.....	8
Seiteneinsteiger*innen besser qualifizieren, begleiten und gerecht entlohnen	9
Mehr Eigenverantwortung für Schulen ermöglichen.....	10

3	Vielfalt und Toleranz in der Schule stärken	10
	Unsere Forderungen im Detail:	11
	Integration von Schüler*innen mit Migrationsgeschichte verbessern	11
	Queere Schüler*innen besser schützen.....	12
	Antidiskriminierung an den Schulen fördern.....	12
	Prävention von Mobbing fördern	12
	Demokratiebildung und Beteiligung stärken.....	13
4	Schüler*innen fit für die Zukunft machen – Digitale Bildung und Bildung zu digitaler Kompetenz.....	13
	Unsere Forderungen im Detail:	14
	Digitale Ausstattung für alle Schulen	14
	An allen Schulen IT- und Digitalexpert*innen einsetzen	15
	Digitale Kompetenzen der Schüler*innen fördern	15
	Pädagogisch sinnvollen Einsatz von KI fördern	16
5	Bildung effektiv und bedarfsgerecht finanzieren	16
	Unsere Forderungen im Detail:	17
	Investitionsoffensive für Schulgebäude.....	17
	Finanzielle Mittel über einen Schulsozialindex verteilen.....	17

1 **Präambel: Den sozialen Zusammenhalt durch**

2 **gute Bildung stärken**

3 Bildung ist das Fundament für eine gerechte, demokratische und nachhaltige Gesellschaft.
4 Sie ermöglicht es Menschen, ihre Fähigkeiten zu entfalten, am gesellschaftlichen Leben
5 teilzuhaben und unsere Demokratie aktiv mitzugestalten. Doch auch heute entscheidet in
6 Sachsen-Anhalt – wie in ganz Deutschland – oft noch der Geldbeutel der Eltern über den
7 Bildungsweg der Kinder. Die Chancen unterscheiden sich erheblich je nach Herkunft,
8 Wohnort, Einkommen der Eltern, ob ein Kind eine Behinderung hat oder ob es mit einer
9 Migrationsgeschichte aufwächst. Diese Ungerechtigkeit wird häufig über Generationen
10 weitergegeben, verschärft soziale Spaltungen und gefährdet unseren gesellschaftlichen
11 Zusammenhalt.

12 In Sachsen-Anhalt zeigt sich diese Ungleichheit besonders deutlich. Kinder aus
13 benachteiligten Familien erreichen seltener höhere Bildungsabschlüsse, besuchen
14 seltener ein Gymnasium und sind häufiger von Bildungsarmut betroffen. Der massive
15 Lehrkräftemangel, vor allem an Sekundarschulen und in ländlichen Räumen, verschärft
16 die Situation. Unterrichtsausfall, überlastete Lehrkräfte, ein starres Schulsystem und
17 ungleiche Förderung verhindern, dass alle Kinder gute Chancen erhalten.

18 Wir, die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt, wollen das
19 ändern. Wir kämpfen für Schulen, in denen jedes Kind willkommen ist, gesehen und
20 individuell gefördert wird – unabhängig von den Startbedingungen. Denn Bildung ist
21 mehr als Wissensvermittlung. Sie macht Kinder stark für die Zukunft.

22 Für uns ist Bildung kein Privileg, sondern wirklich ein Grundrecht. Unser Ziel ist klar: Wir
23 kämpfen für eine gute Schulbildung für alle – für den sozialen Zusammenhalt, für ein
24 selbstbestimmtes Leben und für eine starke Demokratie.

25 **1 Mehr Chancengerechtigkeit für besseren**

26 **Bildungserfolg für alle**

27 Wir wollen, dass jedes Kind die gleichen Chancen auf gute Bildung hat – unabhängig
28 davon, wo es lebt, wie viel Geld die Familie hat oder welche Sprache zuhause gesprochen
29 wird. Schule darf die Ungleichheit nicht verstärken, sondern muss sie aktiv abbauen.
30 Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Kinder länger gemeinsam lernen können. Wir
31 wollen die Grundschule bis zur sechsten Klasse verlängern und eine echte flexible
32 Schuleingangsphase einführen, damit jedes Kind genug Zeit für seine Entwicklung
33 bekommt. Neben den Gymnasien wollen wir verstärkt Gemeinschaftsschulen ausbauen,
34 die alle Abschlüsse ermöglichen – unabhängig von der besuchten Schulform. Kinder mit
35 und ohne Behinderung sollen gemeinsam lernen, dafür stärken wir inklusive Angebote
36 und bauen die Zahl der Förderschulen schrittweise ab. In ländlichen Regionen wollen wir
37 kleine Schulstandorte erhalten. Mehr Ganztagsangebote, mehr Schulsozialarbeit und
38 gezielte frühe Sprachförderung geben allen Kindern faire Chancen. Wir wollen, dass es in
39 Sachsen-Anhalt wieder vermehrt möglich ist, nach 13 statt 12 Schuljahren das Abitur zu
40 absolvieren. Damit schaffen wir mehr Lernzeit und weniger Druck.

41

42 **Unsere Forderungen im Detail:**

43

44 **Die Grundschulzeit für längeres gemeinsames Lernen bis zur 6. Klasse verlängern**

45 Durch die Aufteilung der Kinder bereits nach der 4. Klasse werden Bildungswege zu früh
46 getrennt und soziale Unterschiede verfestigt. Eine Verlängerung der Grundschulzeit bis
47 zur 6. Klasse ermöglicht es, Kinder länger gemeinsam lernen zu lassen und ihnen mehr
48 Zeit für ihre persönliche und schulische Entwicklung zu geben. Studien zeigen, dass
49 spätere Übergänge zu besseren Leistungen und mehr Bildungsgerechtigkeit führen. Auch
50 die Übergangsentscheidung fällt später auf einer breiteren pädagogischen Grundlage.
51 Davon profitieren insbesondere Kinder aus benachteiligten Familien. Um die Grundschule

52 bis zur sechsten Klasse zu ermöglichen, braucht es eine Schulneu- und -ausbauoffensive,
53 damit Gebäude mit entsprechender Größe entstehen. Ebenfalls können Schulcampus
54 genutzt werden, bestehend aus Grundschulen und Gemeinschaftsschulen. Die Entstehung
55 solcher Schulcampus muss gefördert werden.

56

57 **Eine flexible Schuleingangsphase nach dem Vorbild Brandenburgs schaffen**

58 In Sachsen-Anhalt gibt es zwar eine flexible Schuleingangsphase, doch in der Praxis wird
59 sie kaum genutzt. Meist wechseln Kinder nach zwei Jahren automatisch in die dritte
60 Klasse, unabhängig davon, ob sie mehr Zeit benötigen. Häufig fehlen den Schulen die
61 nötigen Ressourcen, um diese Phase wirklich flexibel zu gestalten. Zudem lernen Erst- und
62 Zweitklässler*innen meist getrennt, sodass der altersübergreifende Austausch fehlt.
63 Brandenburg zeigt, wie es besser geht: Dort lernen Kinder von Anfang an in
64 altersgemischten Gruppen und wechseln je nach Lern- und Entwicklungsstand nach ein,
65 zwei oder drei Jahren in die dritte Klasse. Kinder, die schneller lernen, wechseln früher,
66 andere erhalten ohne Stigmatisierung mehr Zeit. Dieses Modell schafft mehr
67 Bildungsgerechtigkeit und kommt besonders Kindern zugute, die zu Schulbeginn noch
68 Unterstützung brauchen. Wir fordern daher, die flexible Schuleingangsphase in Sachsen-
69 Anhalt nach dem Brandenburger Modell neu zu gestalten und altersgemischte
70 Lerngruppen verbindlich einzuführen. Die Schulen müssen dafür mit den notwendigen
71 zusätzlichen Ressourcen ausgestattet werden.

72

73 **Ein zweigliedriges weiterführendes Schulsystem aus Gemeinschaftsschulen und** 74 **Gymnasien einführen**

75 Das bisherige weiterführende Schulsystem führt dazu, dass der Bildungsweg der Kinder
76 viel zu früh bestimmt wird und schränkt damit den Bildungserfolg vieler Kinder ein. Ein
77 modernes zweigliedriges System mit Gymnasien und Gemeinschaftsschulen ermöglicht
78 mehr Durchlässigkeit und eröffnet mehr Schüler*innen die Möglichkeit, alle Abschlüsse
79 vom Hauptschulabschluss bis zum Abitur an einer Schule zu erreichen. Die
80 Gemeinschaftsschule bietet ein Lernumfeld, in dem Kinder länger gemeinsam lernen und

81 ihre Talente entfalten können. Die Sekundarschule als Schulform wird damit überflüssig.
82 Dies erhöht die Chancengleichheit und vermeidet unnötige Selektion.

83

84 **Inklusive Bildung stärken und gemeinsames Lernen in den Schulen in den Vordergrund** 85 **stellen**

86 Noch immer besuchen viele Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf
87 Förderschulen und werden damit aus dem Regelsystem ausgegliedert. Stattdessen wollen
88 wir inklusive Lernangebote an allen Schulen ausbauen, sodass Kinder mit und ohne
89 Behinderung gemeinsam lernen können. Der Vorrang des gemeinsamen Lernens soll im
90 Schulgesetz festgeschrieben werden. Dafür braucht es mehr Personal, Fortbildungen und
91 gute Rahmenbedingungen sowie die bauliche Ertüchtigung von Schulgebäuden. Die
92 Trennung durch Förderschulen führt zu Stigmatisierung und mindert die Bildungschancen
93 der Kinder. Ziel muss es sein, dass immer mehr Förderschulen in Regelschulen aufgehen.
94 Insbesondere die Förderschule mit dem Schwerpunkt Lernen wollen wir abschaffen.
95 Andere Bundesländer wie Niedersachsen sind diesen Weg bereits gegangen. Wir wollen
96 diesem Beispiel folgen. So werden Barrieren abgebaut, Inklusion im Klassenzimmer wird
97 Normalität, und Kinder lernen frühzeitig soziale Kompetenzen im Umgang miteinander.
98 Inklusion ist nicht nur ein Bildungsziel, sondern eine Frage der Gerechtigkeit. Denn Kinder
99 mit Behinderung haben das Recht auf Zugang zu Bildung und gleichberechtigte Teilhabe
100 an unserem Bildungssystem.

101

102 **Kleine Schulen erhalten – insbesondere in ländlichen Räumen**

103 Kurze Schulwege, vertraute Lernumgebungen und eine enge Einbindung in die
104 Dorfgemeinschaft sind gerade in ländlichen Regionen von großer Bedeutung. Dennoch
105 sind kleine Grundschulen immer wieder von Schließung bedroht, oft allein wegen zu
106 geringer Schüler*innenzahlen. Wir lehnen es ab, den Erhalt von Schulen nur von
107 Mindestschüler*innenzahlen oder starren Klassengrößen abhängig zu machen. Auch
108 kleine Schulen erfüllen einen wichtigen Bildungs- und Sozialauftrag – gerade dort, wo
109 Alternativen weit entfernt oder kaum erreichbar sind. Das Land Brandenburg zeigt mit

110 dem Modell der „kleinen Grundschule“, dass solche Standorte erhalten und pädagogisch
111 sinnvoll gestaltet werden können. Dort gelten besondere schulorganisatorische
112 Regelungen für Grundschulen mit sinkender Schüler*innenzahl. Diese Schulen arbeiten
113 oft mit jahrgangsübergreifenden Klassen und erhalten zusätzliche Unterstützung, um
114 trotz geringer Schüler*innenzahlen gute Bildungsangebote machen zu können. Die
115 „kleinen Grundschulen“ sind fester Bestandteil der Bildungslandschaft und stärken das
116 Leben vor Ort. Wir wollen dieses Modell auch für Sachsen-Anhalt. Kleine Schulen müssen
117 verlässlich abgesichert und gestärkt werden. Denn auch der wohnortsnahe Zugang zu
118 Bildung stärkt die Chancengerechtigkeit.

119

120 **Ganztagsangebote bedarfsgerecht ausbauen, auch für weiterführende Schulen**

121 Ganztagsangebote sind mehr als nur Betreuung – sie schaffen Bildungs- und
122 Teilhabechancen unabhängig vom Elternhaus. In Sachsen-Anhalt sind Grundschulen im
123 Bereich der Ganztagsbetreuung bereits gut aufgestellt. An den weiterführenden Schulen
124 ist dies noch nicht überall der Fall. Wir wollen Ganztagsangebote flächendeckend und
125 qualitativ ausbauen und sie pädagogisch sinnvoll an den Schulalltag anpassen. Dafür ist
126 die bisherige starre Aufteilung von früherer Betreuung, Schulunterricht und
127 Nachmittagsbetreuung im Hort zu überdenken. Wir wollen insbesondere, dass
128 Freizeitangebote in Sport, Kultur und Musik allen Kindern über ein Ganztagsschulsystem
129 zugänglich gemacht werden – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Zur Gestaltung von
130 Ganztagsangeboten ist es sinnvoll, individuelle Lösungen und Modelle vor Ort an den
131 Schulen zu entwickeln. Dafür ist es wichtig, Qualitätsmerkmale zu definieren, an denen
132 sich die individuellen Modelle von Ganztagsbeschulung in den Schulen orientieren
133 können.

134

135 **Ein Landesprogramm Schulsozialarbeit einführen**

136 Sachsen-Anhalt hat eine der höchsten Schulabbruchsquoten bundesweit. Zu viele
137 Schüler*innen verlassen hier die Schule ohne Schulabschluss. Das hat gravierende Folgen
138 für den weiteren Lebensweg. Schulsozialarbeiter*innen stellen die Bedürfnisse der

139 Schüler*innen in den Vordergrund und werden bei Problemen in der Schule aktiv. Sie
140 verhindern damit aktiv Schulabstinenz. Gleichzeitig betreiben Schulsozialarbeiter*innen
141 auch Prävention und tragen zu einem guten Schulklima bei. Unser Ziel ist, dass es an jeder
142 Schule mindestens eine*n Schulsozialarbeiter*in gibt. Dass das möglich ist, zeigen
143 Erfahrungen aus anderen Bundesländern wie Schleswig-Holstein, in dem es an fast jeder
144 Schule eine Schulsozialarbeitsstelle gibt. Dafür wollen wir ein Landesprogramm
145 Schulsozialarbeit, in dem Land und Kommunen gemeinsam die Finanzierung der
146 Schulsozialarbeit übernehmen. Nur durch ein solches Landesprogramm kann
147 Schulsozialarbeit an Schulen langfristig abgesichert werden, und
148 Schulsozialarbeiter*innen erhalten die notwendige Planbarkeit, die ihre Arbeit braucht.
149 Für hochverschuldete Kommunen braucht es einen vom Land aufgelegten Nothilfefonds
150 Schulsozialarbeit, damit Schulsozialarbeit in den Kommunen nicht aufgrund fehlender
151 finanzieller Mittel eingestellt wird.

152

153 **Sprachstandserhebung vor der Einschulung landesweit einführen und verpflichtende** 154 **Sprachförderung sicherstellen**

155 Sprache, Schreiben und Lesen sind die Grundlage für das Lernen und damit die Grundlage
156 für Schulerfolg. Doch viel zu oft werden Kinder eingeschult, die erhebliche Sprachdefizite
157 haben, welche aufgrund eines fehlenden Screenings bisher unerkannt bleiben. Eine
158 landesweite Sprachstandserhebung für alle Kinder vor der Einschulung soll sicherstellen,
159 dass Sprachdefizite bei Kindern rechtzeitig erkannt werden. Bei festgestellten
160 Sprachdefiziten sollte es eine verpflichtende zusätzliche und bedarfsgerechte
161 Sprachförderung geben. So kann der Start in die Schule für alle Kinder gelingen, und
162 Bildungsungleichheiten werden schon früh reduziert.

163

164 **Lese- und Schreibförderung gezielt in den Unterricht und Ganztag integrieren**

165 Lesen und Schreiben sind die Basis für alle weiteren Bildungsprozesse. Kinder sollen in
166 der Grundschule mehr Zeit für Lese- und Schreibtrainings erhalten. Diese sind sowohl in
167 den Regelunterricht als auch in die Bildungsangebote außerhalb des Unterrichts in einem

168 Ganztagsmodell sinnvoll zu integrieren. Zusätzlich sollen Leseprojekte, Bibliotheksarbeit
169 und Lesepatenschaften stärker gefördert werden. Ziel ist es, die Lese- und
170 Schreibkompetenz aller Kinder zu verbessern.

171

172 **Rückkehr zum Abitur nach 13 Schuljahren ermöglichen – für mehr Lernzeit und weniger** 173 **Leistungsdruck**

174 Die Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre hat vielerorts zu mehr Stress und weniger
175 vertiefter Bildung geführt. Viele Bundesländer gehen deswegen jetzt den Schritt zurück
176 und führen wieder das Abitur nach 13 Schuljahren ein – kurz: G9. Wir wollen auch in
177 Sachsen-Anhalt an mehr Schulen ermöglichen, nach 13 Schuljahren das Abitur zu
178 erhalten. Durch die Einführung von G9 erhalten Schüler*innen mehr Zeit für individuelles
179 Lernen, Persönlichkeitsentwicklung und Engagement im sozialen und kulturellen Bereich.

180

181 **2 Den Lehrkräftemangel und Unterrichtsausfall** 182 **bekämpfen**

183 Der Lehrkräftemangel ist eine der größten Herausforderungen für das Bildungssystem in
184 Sachsen-Anhalt. Schon heute fehlen an vielen Schulen gut ausgebildete Lehrkräfte –
185 besonders in ländlichen Regionen und an Sekundar- und Gemeinschaftsschulen. Für viele
186 Schüler*innen bedeutet das: Unterricht fällt aus, Förderangebote fehlen und der
187 Schulalltag wird von Vertretungsstunden bestimmt. Die Lehrkräfte, die noch unterrichten,
188 arbeiten oft am Limit, sind überlastet und verlassen den Schuldienst immer häufiger
189 frühzeitig.

190 Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass Lehrkräfte von unterrichtsfernen Aufgaben
191 entlastet werden und sich damit besser auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren
192 können: das Unterrichten. Damit Lehrkraft zu sein wieder ein attraktives Berufsziel wird,
193 muss zugleich die Lehrkräfteausbildung reformiert sowie bedarfsgerechter und
194 praxisnäher ausgerichtet werden. Auch der Seiteneinstieg braucht klare,

195 qualitätsgesicherte Wege. Wir wollen erreichen, dass wieder mehr Menschen Lehrkraft
196 werden wollen – und bleiben.

197

198 **Unsere Forderungen im Detail:**

199

200 **Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte verbessern – Schule zum attraktiven Arbeitsort** 201 **machen**

202 Wir wollen, dass Lehrkräfte sich wieder auf ihren Kernauftrag konzentrieren können: guten
203 Unterricht und die individuelle Förderung der Schüler*innen. Dafür müssen sie von
204 unterrichtsfernen Aufgaben entlastet werden. Wir fordern den flächendeckenden Einsatz
205 multiprofessioneller Teams aus Schulsozialarbeiter*innen, Schulpsycholog*innen,
206 Gesundheitsexpert*innen sowie Verwaltungs- und IT-Fachkräften. Auch der bauliche
207 Zustand der Schulen muss verbessert werden. Lehrkräfte brauchen eigene Arbeitsräume,
208 um ihre Aufgaben vor- und nachzubereiten, ohne auf das Homeoffice angewiesen zu sein.
209 So können sie besser zwischen Berufs- und Privatleben trennen. Gleichzeitig sollen
210 finanzielle Anreize geschaffen werden, etwa Zulagen für Lehrkräfte und
211 Seiteneinsteiger*innen, die in Mangelfächern oder in strukturschwachen Regionen
212 unterrichten. Lehrkräfte stehen im Alltag oft unter hohem psychischem Druck. Wir fordern
213 daher, an allen Schulen Supervisionsangebote einzuführen, damit Lehrkräfte belastende
214 Situationen professionell aufarbeiten, sich austauschen und Lösungen entwickeln können.
215 Unser Ziel: Schulen sollen Orte sein, an denen Lehrkräfte gern und dauerhaft arbeiten.

216

217 **Lehrkräfteausbildung praxisnah und bedarfsgerecht modernisieren**

218 Die Lehramtsausbildung in Sachsen-Anhalt muss zukunftsfähig reformiert werden. Wir
219 fordern die Einführung eines Stufenlehramts, das das bisher getrennt nach Schulformen
220 stattfindende Lehramtsstudium ablöst. Statt getrennter Lehrämter für Gymnasien und
221 Sekundarschulen soll ein altersstufenbezogenes Lehramt geschaffen werden. Besonders
222 für den Unterricht an Gemeinschaftsschulen und den flexiblen Einsatz von Lehrkräften bei

223 Lehrer*innenmangel notwendigen Abordnungen bietet dieses Modell große Vorteile. Das
224 Grundschullehramt soll zu einem Primarstufenlehramt weiterentwickelt werden, in dem
225 die angehenden Lehrkräfte neben Unterrichtsfächern auch Sonderpädagogik studieren,
226 um die Inklusion insbesondere an Grundschulen zu stärken. Zusätzlich wollen wir, dass
227 neben dem Zwei-Fach-Lehramt auch ein Ein-Fach-Lehramt ermöglicht wird, insbesondere
228 für die Fächer Kunst, Musik, und Sport. Das duale Lehramtsstudium soll ausgebaut und an
229 beiden Universitäten im Land dauerhaft etabliert werden. Gleichzeitig wollen wir an
230 beiden Universitätsstandorten eine Erweiterung der Studienangebote, um eine bessere
231 regionale Versorgung zu sichern. Ebenfalls ist zu überprüfen, inwieweit auch an
232 Hochschulen die Lehramtsausbildung angeboten und dadurch ein leichter Zugang zum
233 Lehramtsstudium auch ohne Abitur geschaffen werden kann. Das Referendariat wollen wir
234 deutlich verbessern: Die Vergütung soll spürbar erhöht werden. Zusätzlich fordern wir eine
235 verbesserte Begleitung der Referendar*innen durch erfahrene Lehrkräfte.

236

237 **Seiteneinsteiger*innen besser qualifizieren, begleiten und gerecht entlohnen**

238 Seiteneinsteiger*innen leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des Unterrichts,
239 besonders in ländlichen Räumen und in Mangelfächern. Doch sie werden oft unzureichend
240 vorbereitet und begleitet. Wir wollen die Qualität und Attraktivität des Seiteneinstiegs
241 deutlich verbessern. Alle Seiteneinsteiger*innen sollen von Beginn an an einer
242 verbindlichen, kostenfreien berufsbegleitenden Qualifizierung teilnehmen, die
243 pädagogische, didaktische und psychologische Kompetenzen vermittelt. Wir fordern, dass
244 bereits absolvierte Zertifikatskurse auf den Vorbereitungsdienst angerechnet werden
245 können, um Doppelbelastungen zu vermeiden. Der berufsbegleitende Vorbereitungsdienst
246 muss auch in Teilzeit möglich sein. Zudem müssen Seiteneinsteiger*innen im Schulalltag
247 von erfahrenen Mentor*innen begleitet werden, wofür diese ausreichend
248 Anrechnungsstunden erhalten. Damit die Einarbeitung gelingt, darf es im ersten Jahr keine
249 Klassenleiter*innenfunktion oder zusätzliche außerunterrichtliche Aufgaben geben. Nach
250 fünf Jahren im Schuldienst und erfolgreicher Qualifizierung sollen Seiteneinsteiger*innen
251 die gleichen Aufstiegschancen und die gleiche Bezahlung wie grundständig ausgebildete

252 Lehrkräfte erhalten. Ein transparenter und beschleunigter Anerkennungsprozess der
253 vorhandenen Berufs- und Studienabschlüsse ist hierfür zwingend notwendig.

254

255 **Mehr Eigenverantwortung für Schulen ermöglichen**

256 Viele Schulen in Sachsen-Anhalt sind durch den Lehrkräftemangel und hohe soziale
257 Herausforderungen stark belastet. Gleichzeitig fehlt es ihnen oft an
258 Gestaltungsspielräumen, um eigene, passgenaue Lösungen für ihre Situation vor Ort zu
259 entwickeln. Wir wollen den Schulen mehr Eigenverantwortung geben, um
260 Unterrichtsausfall flexibel abzufedern und pädagogisch sinnvolle Konzepte umzusetzen.
261 Dazu gehört die Möglichkeit, innovative Modelle wie „4+1“ zu erproben – also vier Tage
262 Präsenzunterricht und ein zusätzlicher Projekttag für selbstorganisiertes Lernen,
263 Berufsorientierung oder Praxisprojekte. Auch alternative Stundentafeln,
264 Ganztagskonzepte und Kooperationen mit außerschulischen Partner*innen sollen leichter
265 und unbürokratischer möglich sein. Dafür soll jede Schule in Sachsen-Anhalt über ein
266 flexibles Schulbudget verfügen. Schulleitungen sollen eigenständig über diese Mittel
267 entscheiden können. Damit können sie unbürokratisch und schnell auf besondere
268 Herausforderungen, wie zum Beispiel plötzlichen Personalausfall, reagieren. Das
269 Schulbudget kann für externe Angebote, Lernförderungen oder die Unterstützung durch
270 Honorarkräfte eingesetzt werden. Die Entscheidung über den Einsatz dieses Budgets muss
271 vor Ort getroffen werden können. Wir fordern dafür verlässliche rechtliche
272 Rahmenbedingungen und eine entsprechende langfristige finanzielle Ausstattung.

273

274 **3 Vielfalt und Toleranz in der Schule stärken**

275 Schulen sind Orte, an denen Kinder und Jugendliche gemeinsam lernen, sich begegnen
276 und ihre Persönlichkeit entfalten. Gerade in unserer vielfältigen Gesellschaft übernehmen
277 Schulen eine wichtige Aufgabe: Sie bringen Menschen mit unterschiedlichen
278 Lebensgeschichten, Kulturen, Sprachen und Erfahrungen zusammen. Diese Vielfalt ist eine
279 große Chance für alle. Sie fördert Weltoffenheit, Empathie und gegenseitigen Respekt.

280 Doch damit dies gelingt, müssen Schulen aktiv darin unterstützt werden, Vielfalt bewusst
281 zu gestalten. Wir wollen, dass jede Schule ein Ort ist, an dem sich alle Schüler*innen,
282 unabhängig von ihrer Herkunft, Sprache, Behinderung, Religion oder sexuellen
283 Orientierung, sicher und wohl fühlen. Damit das gelingt, brauchen wir Schulen, die
284 demokratische Werte im Alltag leben und die Vielfalt ihrer Schüler*innen als Bereicherung
285 sehen. Durch verbesserte Integration, Demokratiebildung, Antimobbingarbeit und
286 Antidiskriminierungsarbeit sowie eine offene Schulkultur stärken wir das Miteinander in
287 der Schule.

288

289 **Unsere Forderungen im Detail:**

290

291 **Integration von Schüler*innen mit Migrationsgeschichte verbessern**

292 Alle Schüler*innen sollen unabhängig von ihrer Herkunft erfolgreich lernen können.
293 Damit das gelingt, müssen wir Schulen gezielt für die Herausforderungen in der
294 Integration stärken. Wir fordern, dass Schulen, die Kinder mit wenig oder keinen
295 Deutschkenntnissen aufnehmen, verbindlich mit zusätzlichen Lehrkräften für Deutsch als
296 Zweitsprache (DaZ) ausgestattet werden. Zusätzlich sollen Sprach- und
297 Kulturmittler*innen eingestellt werden, die den Kontakt zwischen Schule, Eltern und
298 Schüler*innen erleichtern. In Schulen mit einer hohen Anzahl an zugewanderten Kindern
299 sollen vorbereitende Sprachlernklassen eingerichtet werden, in denen die Kinder für
300 einen begrenzten Zeitraum von nicht mehr als einem Schuljahr auf die Beschulung im
301 Regelunterricht vorbereitet werden. Ziel muss es dabei sein, dass die Kinder so schnell
302 wie möglich in den Regelklassen aufgenommen werden können. Um die Elternbeteiligung
303 zu verbessern, sollen Schulen mehrsprachige Beratungs- und Informationsangebote
304 vorhalten. Das Schulpersonal und insbesondere Lehrkräfte sollen in den Bereichen
305 Integration, Antidiskriminierung und rassismuskritische Bildung fortgebildet werden.

306

307 **Queere Schüler*innen besser schützen**

308 Queere Kinder und Jugendliche sind im Schulalltag besonders oft Diskriminierung
309 ausgesetzt. Damit Schule ein sicherer Ort für alle ist, fordern wir, dass es für alle Schulen
310 ein Schutz- und Handlungskonzept gegen Queerfeindlichkeit gibt. Dazu gehören eine
311 Anlaufstelle im Bildungsministerium zur Dokumentation von Diskriminierungsfällen
312 sowie mobile Beratungs- und Unterstützungsangebote für betroffene Schüler*innen und
313 Lehrkräfte, auch in ländlichen Regionen. Die Themen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt
314 müssen in der Aus- und Fortbildung von Lehrkräften und fächerübergreifend in den
315 Lehrplänen verbindlich verankert werden. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass
316 Schulgebäude – insbesondere Sanitär- und Umkleieräume – sicher und
317 diskriminierungsfrei gestaltet werden.

318

319 **Antidiskriminierung an den Schulen fördern**

320 Wir setzen uns dafür ein, dass in Sachsen-Anhalt für Schulen eine unabhängige
321 landesweite Antidiskriminierungs- und Beschwerdestelle eingerichtet wird, an die sich
322 Schüler*innen, Eltern und Lehrkräfte zur Meldung von Vorfällen und zur Beratung im
323 Umgang mit diesen wenden können. Außerdem sollen Unterrichtsmaterialien auf
324 diskriminierungssensible Sprache und Darstellung überprüft werden.

325

326 **Prävention von Mobbing fördern**

327 Wir wollen, dass kein Kind mit Angst zur Schule geht. Denn Mobbing, ob im Klassenzimmer
328 oder online, beeinträchtigt die psychische Gesundheit von Schüler*innen erheblich. Wir
329 setzen uns deswegen dafür ein, dass Mobbingpräventionsprogramme eingeführt und in
330 den Schulalltag integriert werden. Im Schulpersonal sollen einige zu
331 Streitschlichter*innen weitergebildet werden, und es sollen mindestens einmal im Jahr
332 Anti-Mobbing-Workshops an Schulen stattfinden. Jährlich soll ein landesweiter „Anti-
333 Mobbing-Tag“ stattfinden, der in allen Schulen genutzt wird, um mit den Schüler*innen
334 das soziale Miteinander zu stärken und Mobbing als Problem sichtbar zu machen.

335 **Demokratiebildung und Beteiligung stärken**

336 Damit Schüler*innen das Leben in der Demokratie erlernen, muss Demokratie auch im
337 Schulalltag erfahrbar sein. Schüler*innen sollen frühzeitig echte Mitbestimmung erleben.
338 Deshalb fordern wir neben Schüler*innenvertretungen auch die Einführung weiterer
339 Gremien wie Klassenräte und Schüler*innenparlamente. In der Schulkonferenz sollen
340 Schüler*innen, Eltern und Lehrkräfte sowie die Schulleitung gleichberechtigt
341 mitbestimmen. Schüler*innenvertretungen brauchen rechtlich gesicherte Zeiten für
342 regelmäßige Treffen während der Unterrichtszeit und das Recht, eigene Anträge an die
343 Schulkonferenz zu stellen – inklusive einer verpflichtenden Begründung bei Ablehnung
344 durch die Schulleitung. Jede Schule soll eine*n gewählte*n Berater*in für
345 Schüler*innenvertretungen vorhalten, der*die ausreichend Zeit zur Unterstützung
346 bekommt. Zudem sollen Schüler*innenvertretungen über ein eigenes Budget verfügen.
347 Eine landesweite Ombudsstelle soll Schüler*innenvertretungen bei Konflikten
348 unterstützen. Demokratiebildung soll als Leitprinzip fächerübergreifend in den
349 Schulalltag integriert werden. Schüler*innen sollen auch die Inhalte des Unterrichts aktiv
350 mitgestalten können, denn die Lehrpläne bieten ausreichend Flexibilität dafür. Das
351 Schulpersonal soll gezielt für Demokratiepädagogik fortgebildet werden. Das Netzwerk
352 „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ wollen wir weiter stärken – sowohl
353 personell wie auch finanziell.

354

355 **4 Schüler*innen fit für die Zukunft machen –**

356 **Digitale Bildung und Bildung zu digitaler**

357 **Kompetenz**

358 Digitalisierung bietet große Chancen für bessere Bildung und mehr Chancengerechtigkeit.
359 Allerdings nur dort, wo sie sinnvoll eingesetzt wird. Zu oft scheitert digitale Bildung an
360 fehlender Technik, unzureichender Unterstützung und Überforderung im Schulalltag. In
361 Sachsen-Anhalt sind viele Schulen immer noch nicht ausreichend ausgestattet oder

362 haben kaum Personal, das sich um die digitale Infrastruktur kümmert. Dabei sind digitale
363 Kompetenzen heute so wichtig wie das Lesen, Schreiben und Rechnen. Schule sollte
364 Kinder und Jugendliche dazu befähigen, sich sicher, kritisch und kreativ in der digitalen
365 Welt zu bewegen. Dazu gehört nicht nur der Umgang mit Technik, sondern auch das
366 Verständnis für gesellschaftliche und ethische Fragen der Digitalisierung, insbesondere
367 im Umgang mit Künstlicher Intelligenz. Gleichzeitig kann digitale Bildung auch dafür
368 genutzt werden, den Unterricht zu bereichern – etwa durch digitale Lernplattformen,
369 adaptive Lernsysteme oder KI-gestützte Unterstützungsangebote. Damit das gelingt,
370 braucht es eine bessere technische Ausstattung, gezielte Unterstützung der Lehrkräfte
371 und eine klare pädagogische Strategie. Wir wollen, dass digitale Bildung überall dort
372 ermöglicht wird, wo sie pädagogisch sinnvoll ist, und dabei alle Schüler*innen unabhängig
373 von ihrem sozialen Hintergrund erreicht. Ziel ist es, mit digitalen Werkzeugen
374 eigenständiges Lernen, Kreativität, Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit zu fördern.

375

376 **Unsere Forderungen im Detail:**

377

378 **Digitale Ausstattung für alle Schulen**

379 Wir wollen, dass alle Schulen in Sachsen-Anhalt flächendeckend mit moderner digitaler
380 Infrastruktur ausgestattet werden. Dazu gehören schnelles Internet, stabile WLAN-Netze,
381 interaktive Tafeln, Endgeräte für alle Schüler*innen und Lehrkräfte sowie sichere
382 Lernplattformen. Wir befürworten das „bring your own device“-Prinzip, also dass
383 Schüler*innen und Lehrkräfte auch eigene digitale Geräte im Unterricht nutzen können.
384 Es muss dabei allerdings sichergestellt werden, dass alle, die kein eigenes Endgerät haben,
385 eines zur Verfügung gestellt bekommen. Niemand darf nur aufgrund fehlender finanzieller
386 Voraussetzungen von der digitalen Bildung ausgeschlossen werden. Wir fordern
387 deswegen ein Landesprogramm, um bei Schüler*innen aus einkommensschwachen
388 Familien Zugang zu Endgeräten, Lernsoftware und Internet abzusichern.

389 **An allen Schulen IT- und Digitalexpert*innen einsetzen**

390 Es reicht nicht nur, Tablets, Laptops und digitale Tafeln an den Schulen zu haben, wenn sie
391 nicht genutzt werden, weil man sich im Umgang mit diesen unsicher ist. Damit sich weder
392 Lehrkräfte noch Schüler*innen beim Einsatz von digitalen Geräten und der Verwendung
393 von Selbstlernplattformen überfordert fühlen, setzen wir uns dafür ein, dass es an jeder
394 Schule IT- und Digitalassistent*innen gibt. Diese sollen den technischen Support
395 sicherstellen und insbesondere Lehrkräfte bei der Nutzung von Soft- und Hardware für
396 den Unterricht unterstützen und beraten.

397

398 **Digitale Kompetenzen der Schüler*innen fördern**

399 Wir wollen, dass alle Schüler*innen fit für die Zukunft gemacht werden. Dazu gehört auch,
400 dass digitale Kompetenzen bei Schüler*innen gestärkt werden. Heutzutage kommen
401 Kinder schon sehr früh mit der digitalen Welt in Berührung, deswegen muss die digitale
402 Bildung auch möglichst früh in der Grundschule beginnen und bis zum Schulabschluss
403 fortgesetzt werden. Digitale Bildung muss umfassende Medienkompetenzen erhalten und
404 unter anderem Themen wie kritisches Denken zur Informationsbewertung, Urheberrecht,
405 Datenschutz, den Umgang mit Künstlicher Intelligenz und so weiter umfassen. Digitale
406 Bildung soll fächerübergreifend in allen Schulstufen vermittelt werden und muss
407 verbindlich in den Lehrplänen verankert sein.

408 Damit digitale Bildung gelingt, müssen Lehrkräfte für die Nutzung digitaler
409 Unterrichtsmethoden und Unterrichtsmittel entsprechend fortgebildet und unterstützt
410 werden. Deswegen sollen die Themen digitale Didaktik und Medienbildung in der Aus-
411 und Weiterbildung der Lehrkräfte gestärkt werden. Damit digitale Bildung gelingt, müssen
412 Lehrkräfte für die Nutzung digitaler Unterrichtsmethoden und Unterrichtsmittel
413 entsprechend fortgebildet und unterstützt werden. Deswegen sollen die Themen digitale
414 Didaktik und Medienbildung in der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte gestärkt
415 werden.

416

417 **Pädagogisch sinnvollen Einsatz von KI fördern**

418 Künstliche Intelligenz kann Lernprozesse unterstützen, darf aber die pädagogische
419 Verantwortung nicht ersetzen. Wir fordern deswegen, dass KI-gestützte Lernplattformen,
420 digitale Assistenzsysteme und adaptive Lernangebote gezielt eingesetzt werden dürfen,
421 wo sie Lehrkräfte entlasten und Schüler*innen fördern. Gleichzeitig müssen Schüler*innen
422 den kritischen Umgang mit KI lernen. Dafür braucht es verbindliche Inhalte in der Medien-
423 und Demokratiebildung.

424

425 **5 Bildung effektiv und bedarfsgerecht**

426 **finanzieren**

427 Gute Bildung braucht gute Rahmenbedingungen. Die Grundlage dafür ist eine
428 ausreichende finanzielle Ausstattung der Schulen. Doch in Sachsen-Anhalt wurde im
429 Bildungsbereich über Jahre gekürzt, um den Landeshaushalt zu entlasten. Der
430 Lehrkräftemangel ist nicht nur demografisch bedingt, sondern auch Folge dieser
431 Sparpolitik der 2010er Jahre. Damals wurden Lehramtsstudienplätze abgebaut und über
432 Jahre hinweg kaum neue Lehrkräfte eingestellt. Zwar konnte diese Politik mit
433 bündnisgrüner Regierungsbeteiligung gestoppt werden, doch die Folgen sind bis heute
434 spürbar. Auch die maroden Schulgebäude sind Folge jahrelanger Sparmaßnahmen.
435 Bisläng fließen Mittel nach dem Prinzip „Gießkanne“ an die Schulen. Davon profitieren vor
436 allem Schulen, die ohnehin gut ausgestattet sind. Schulen in strukturschwachen Regionen
437 oder mit vielen Kindern aus einkommensarmen Familien oder mit Migrationsgeschichte
438 erhalten dagegen oft zu wenig. Damit alle Kinder unabhängig von Herkunft und Wohnort
439 gute Bildungschancen haben, muss die Schulfinanzierung endlich gezielt an den
440 tatsächlichen Bedarf angepasst werden – mit klaren Kriterien, die soziale, regionale und
441 demografische Faktoren berücksichtigen.

442

443 **Unsere Forderungen im Detail:**

444

445 **Investitionsoffensive für Schulgebäude**

446 Wir wollen, dass kein Kind eine Schule besucht, in der Toiletten kaputt, Decken und Wände
447 beschädigt sind oder Räume so schlecht belüftet werden, dass es kaum auszuhalten ist.
448 Deshalb muss massiv in die Schulgebäude investiert werden. Sachsen-Anhalt wird in den
449 kommenden Jahren mehr Geld zur Verfügung haben als je zuvor. Wir fordern, dass ein
450 größerer Anteil dieser Mittel direkt an die Kommunen geht, denn sie wissen am besten,
451 wo die dringendsten Sanierungen nötig sind. Gleichzeitig braucht es vom Land eine
452 deutliche Aufstockung der Förderprogramme für den Schulbau und die Schulsanierung.

453

454 **Finanzielle Mittel über einen Schulsozialindex verteilen**

455 Wir fordern die Einführung eines landesspezifischen Schulsozialindex, über den Gelder
456 und Förderprogramme für Schulen verteilt werden. Dieser soll soziale, regionale und
457 demografische Faktoren berücksichtigen. Schulen mit vielen Kindern aus
458 einkommensarmen Familien oder mit Migrationsgeschichte sollen dadurch gezielt mehr
459 Ressourcen erhalten. Auch der Erhalt von Schulen in ländlichen Räumen und die
460 Sicherstellung der Beschulung vor Ort sollen über den Index gefördert werden. So stellen
461 wir sicher, dass Mittel nicht mehr nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden, sondern
462 dort ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden.